

Kösliner Volksblatt

vorm. Fürstentümer Zeitung
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg. — Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postfach-Konto Danzig Nr. 1989

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung.

Nr. 133.

Mittwoch, den 11. Juni 1919.

17. Jahrgang.

Tageschau.

Zu amerikanischen Blättern wird von den „Abänderungen“ im Friedensvertrag berichtet.

Das Gesetz über den Staatsgerichtshof wird bekanntgegeben.

Die Polen setzen ihr herausforderndes Verhalten fort.

Änderungen im Friedensvertrag?

Dem Pressebureau „Radio“ zufolge meldet „New York World“:

Obgleich man es nicht amtlich zugeben will, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß eine wesentliche Aenderung im Friedensvertrage Deutschlands vorgenommen wird. Verschiedene Punkte, auf die von den Deutschen Gewicht gelegt wird, werden eine Fassung erhalten, die man für einen geschlagenen Feind für annehmbar hält. Obwohl damit die Gefahr einer wesentlichen Krise erheblich gemildert worden ist, darf man es nicht vergessen, daß die Erörterungen über diese Frage noch nicht abgeschlossen sind. — „New York Sun“ meldet, daß die Lage hinsichtlich der Aenderungen im Friedensvertrage beständig wechselt. Die Franzosen bestehen bei Festsetzung der von Deutschland endgültig zu zahlenden Entschädigungssumme auf mindestens 50 Milliarden Dollar, die Engländer sind für 40 Milliarden, die Amerikaner hingegen wollen nicht über 20 Milliarden Dollar gehen. Es wird erwartet, daß die Amerikaner den ganzen Sommer über in Paris bleiben. Es ist möglich, daß sie sich wegen Artikel 10 im Völkerbundvertrage an der Unterzeichnung von Friedensverträgen mit Ländern, mit denen sie nicht im Kriege waren, beteiligen. Der Präsident hofft, gegen den 1. Juli nach Washington zurückzukehren.

Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ vom Sonnabend, dem 7. Juni, berichtet: 1. Ein Teil der obersteilischen Kohlenereignisse soll Deutschland zugestanden werden, um seine wirtschaftliche Existenz zu sichern. 2. Deutschland soll einen Vertreter in der Kommission für Wiederherstellung haben. 3. Deutschland soll zum 1. Oktober in den Völkerbund zugelassen werden. 4. Deutschland soll einen Teil seiner Kolonien im Auftrag des Völkerbundes verwalten.

Wie die „Times“ aus Paris berichten, ist der Viererrat wegen der Maßnahmen gegenüber den deutschen Friedensangeboten zu einem endgültigen Beschluß gekommen. Danach muß nur noch die Formulierung erledigt werden. Es bestehen sehr wenig Zweifel, daß der Viererrat sich zu bestimmten Zugeständnissen, nämlich wegen Schlefien, einer Volksabstimmung in polnischen Gebieten und der Schadenergütung entschlossen hat. Die „Times“ weisen aber darauf hin, daß die beschlossenen Aenderungen kaum als wichtig betrachtet werden können.

Weitere Abtrünnige.

Savas meldet aus Metz: Eine Vereinigung von vierhundert Saarbewohnern wurde am Sonnabend in Emsbach gegründet. Sie verlangt, daß die Saarregion zu Frankreich zurückkehren müsse. Die Vereinigung wird in ganz Elsaß-Lothringen Ortsausschüsse bilden und im ganzen Saargebiet Propaganda entfalten.

Savas meldet aus Mainz: Dorten hat Wiesbaden nicht verlassen. Er steht ständig unter Bewachung. Es ist kein Angriff auf den Minister gemacht worden.

Der Viererrat und die rheinische Republik.

Aus Paris wird gemeldet: Eine holländische Agentur berichtet, daß der Rat der Vier beschloßen hat, amtlich keinerlei Notiz von der Proklamierung der Rheinrepublik zu nehmen, da der Rat sich auf den Standpunkt stellt, daß dies eine innere deutsche Angelegenheit ist.

Ein gefälschter „Geheimbericht“.

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt:

Die Machenschaften zur Gründung einer rheinischen Republik sind gänzlich ohne Erfolg gewesen, aber man läßt sich durch diesen Fehlschlag in Paris nicht entmutigen, sondern versucht auch weiterhin in jeder Weise gegen uns Stimmung zu machen. Zu diesem Zwecke läßt die französische Regierung einen angeblichen Geheimbericht veröffentlichen, den General Ludendorff — damals noch Oberst im Generalstab — im Januar 1913 verfaßt haben soll. Mit diesem Bericht, der bereits im französischen Selbstbuch abgedruckt ist, soll bewiesen werden, daß Deutschland einen Angriff vorbereitet habe. Ludendorff bezeichnet darin einen Offensivkrieg als notwendig, um einer Herausforderung unserer Gegner entgegenzutreten, rät zur Anzettelung von Kriegen in Rußland und Nordafrika und schlägt vor, auf die kleinen europäischen Staaten einen Druck auszuüben, um sie zu zwingen, sich uns anzuschließen, andernfalls wären sie zu maßregeln. Das Ziel unseres Offensivkrieges müßte sein, das Deutschtum in der Welt zu stärken und Deutschland alles zurückzugeben, was in früheren Jahrhunderten dazu gehört hat.

Es handelt sich hier um nichts weiter, als um eine grobe Fälschung, die bereits am 18. Dezember in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ als solche gekennzeichnet worden ist. Das Blatt schrieb damals: „Der dem französischen Kriegsminister im März 1913 zugegangene angebliche amtliche deutsche Geheimbericht, der auch teilweise schon unwerdiger Weise Aufmerksamkeit in der französischen Presse gefunden hat, ist nichts weiter als eine plumpe Erfindung. Welches die sichere Quelle — aus der das Altkentstück stammt, ist wissen wir nicht. Eine amtliche Stelle in Deutschland ist jedenfalls nicht mit ihr befaßt gewesen. Anscheinend rührt der Geheimbericht von einem französischen Agenten her, und die Veröffentlichung im Selbstbuch ist nur zu dem Zweck erfolgt, um Missstimmungen zwischen Deutschland und seinen Verbündeten hervorzurufen, und die Neutralen, namentlich Holland und Dänemark gegen Deutschland zu heizen.“

Die Tatsache, daß der bereits als Fälschung gekennzeichnete Bericht jetzt wiederum herausgegeben wird, zeigt, mit welcher Strupplosigkeit in Frankreich mit den verschiedensten Mitteln gegen uns Stellung gemacht wird.

Die Gefahr im Osten.

Erneut haben sich die Polen durch Beschickung deutscher Ortshäuser und des deutschen Zugverkehrs mit Artilleriefeuer, durch heraufbeschießendes, fortgesetztes Heberischen der Demarkationslinie in den letzten Tagen schwerer Waffenstillstandsverletzungen schuldig gemacht. Durch einen Gefangenen und einen auf unserem Gebiet zurückgebliebenen schwerverwundeten Polen ist der polnische Vertragsbruch klar erwiesen.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hat einen Mitarbeiter nach Nowo entandt, um sich über die Lage im Osten Bericht erstatten zu lassen. Er sagt:

Die Polen haben in der Hauptsache 200 000 Mann, die unter der Führung von früheren österreichischen Offizieren stehen. Die Polen läßen sich offenbar durch die Entente nicht stören. Man erwartet noch innerhalb dieses Monats einen allgemeinen Vormarsch, den die Deutschen wahrscheinlich mit einem Volksaufstand beantworten werden. Als vorläufige Führer der Deutschen werden Hindenburg und von Below genannt. Die Bevölkerung in Ostdeutschland ist sehr aufgebracht und verlangt von der Reichsregierung Volksbewaffnung. Es ist aber noch sehr die Frage, ob sich die Regierung darauf einlassen wird. Nötigenfalls wird Ost- und Westpreußen eine eigene Armee auf die Beine bringen. Alle Vorbereitungen hierzu sind bereits getroffen.

Der frühere österreichische Militärattaché in Rom Szeptycki steht mit 20 000 Mann in Wilna, Haller mit der Hauptmacht nördlich von Warschau, dicht an der Grenze und bereit, nach Danzig vorzumarschieren. Die Eisenbahn Thorn-Bromberg wird schon beschossen. Patrouillen versuchen die Linie zu besetzen. Sollte der Krieg hier wirklich anfangen, dann werden die Folgen nicht zu übersehen sein, denn die Bolschewisten werden es verstehen, sich die Lage zunutze zu machen.

Vorgehen der Polen gegen Angehörige der im deutschen Grenzschutz dienenden Soldaten.

Nach amtlichen Berichten weisen die Polen die Angehörigen eines jeden Freiwilligen im Grenzschutz, die sich in dem von den Polen besetzten Gebiet befinden, aus. Die Frau eines Landwirts aus Bilunstal bei Jankendorf, deren Mann in den Kämpfen des deutschen Grenzschutzes bei Kolmar gefallen war, entging der Enteignung ihres 800 Morgen großen Gutes nur durch Fürsprache ihres polnischen Schwagers. Ihr Vorkuhstaben wurde jedoch beschlagnahmt und ihr der gesamte Viehbestand fortgenommen. Die wurden ausgewiesen.

Polnische Aufforderung zur Nichtachtung der Demarkationslinie.

Eines der rabiatesten und deutsch-feindlichsten polnischen Blätter ist der „Dziennik Rujawski“. Ihm erscheint die Politik des polnischen Obersten Volksrats viel zu „wajslappig“. Dessen Vertrauen, daß die Demarkationslinie eine rein militärische sei, die von der Friedenskonferenz zu ziehenden Grenzen nicht vorgreife, verwirft das Blatt und fordert zur Heberhebung der Linie auf. Damit aber noch nicht genug, verlangt es die vollständige Vertreibung der Preußen. Die diesseitigen Polen, so heißt es weiter, können einzig und allein die Regierung in Warschau anerkennen. Das „Kabinetts-Regime“ des Obersten Volksrates sei nicht zu dulden. Man wolle zum Mutterlande, zum polnischen Freistaat. Und dieser Staat solle sich des Polener, des westpreussischen, ermländischen, masurenischen und schlesischen Volkes annehmen. Mit derartigen ausschweifenden groß-polnischen Aspirationen verträglich das von der Entente geforderte Einhalten der Demarkationslinie im gläubigen Vertrauen auf die polenfeindliche Arbeit der Friedenskonferenz allerdings nicht.

Vom Rat der Vier.

Aus Paris wird gemeldet:

Der Rat der Vier hat am Sonnabend seine Meinung über Estland, Litauen, Polen und Litauen ausgetauscht.

Der „Demps“ meldet, daß die alliierten und assoziierten Mächte die bolschewistische Regierung in Budapest aufgefordert habe, die Feindseligkeiten gegen die Tschecho-Slowakei sofort einzustellen.

Wachsende Unzufriedenheit mit den Völkerbunds-entwurf.

Einem Washingtoner Telegramm der „Daily News“ zufolge, griff Senator Johnson, einer der Führer der fortschrittlichen Gruppe, im Senat, den Völkerbund heftig an und erklärte, daß er eine Vereinigung bewaffneter Mächte und dadurch einen riesigen Kriegsrust bilde. In einer Resolution ersuchte er um Mitteilung des vollständigen Wortlautes des Friedensvertrages. Auf der Friedenskonferenz habe sich Amerika viele Feinde erworben. „Italien verabscheut uns, Frankreich verachtet uns heimlich und England mißt uns aus, während Japan uns täuscht.“

Die Oesterreichische Antwort an die Entente.

Aus Zürich meldet „Savas“ vom 7. Juni, daß die Antwort der österreichischen Abordnung auf den Friedensvertrag der Entente in Form eines Friedensvorschlages gegeben wird, der bereits zum größten Teil fertiggestellt ist. Wahrscheinlich wird die österreichische Antwort an die Entente binnen 10 Tagen überreicht werden.

Die Frage der Kohlenversorgung.

„Daily Mail“ schreibt über die Lage in England: Bieweil Steinkohlen wird der arme Mann im nächsten Winter bekommen und zu welchem Preise? Das sind die Fragen, welche Millionen Menschen interessieren, aber sie werden nicht beantwortet. Nun wo die Grubenarbeiter gegen höhere Löhne arbeiten, als es früher der Fall war, fällt die Produktion andauernd. Nach den Fröhen des vorigen Winters ist das eine Frage, welche das Volk mehr interessiert wird, als die Frage der Vorteile auf privater Seite. Die große Frage ist: Wer wird die Brennstoffe liefern?

Berufsberatung oder Zwangsberuf?

Von Professor Dr. W. Stähler-Greifswald.
Mitglied der Preussischen Landesversammlung.

Zu der Landesversammlung haben die Akademiker ihrer besonderen Tag gehabt. Die Heberfüllung der akademischen Berufe hatte die Anträge, Anträge und Redner aller Parteien auf den Plan gerufen und die Regierung erklärte, daß alle notwendigen Maßnahmen getroffen seien, um den augenblicklichen Notständen mit den bisher verfügbaren Mitteln abzuhelfen. Es ist eine Ehrenpflicht des Vaterlandes, unseren noch in der Berufsvorbereitung befindlichen Akademikern in den Anforderungen an Art und Dauer ihrer Berufsvorbereitung soweit entgegenzukommen, als es ihr eigenes wohlverstandenes Interesse und das Wohl des Ganzen vermag. Besonders diejenigen Studierenden, die heute noch in den Freiwilligenverbänden dem Vaterlande dienen, werden den besonderen Dank in geeigneten Maßnahmen, einem Zwischensemester im Herbst usw. bekommen. Eine auch von mir und anderen Kollegen gestellte Anfrage hat die Regierung veranlaßt, ihre Bemühungen auf diesem Gebiet darzulegen.

Aber die Schwierigkeiten sind dadurch nicht behoben, weil wir es seit langem mit einem zu großen Andrang zu den akademischen Berufen zu tun haben, und die durch den vierjährigen Kriegsdienst der Akademiker hervorgerufene Stauung läßt diese Mißstände nur um so stärker hervortreten. Ich hatte Gelegenheit, in der Landesversammlung auf den Widerspruch hinzuweisen, der in den Maßnahmen der Regierung übergegangen und doch gerade durch die Regierung hervorgerufen wird. Unsere Regierung verringert selbst die Nachfrage nach akademisch gebildeten Arbeitskräften; denn sie beruft in Beamtenstellungen grundfähig Leute, die nicht mehr die bisher geforderten Voraussetzungen fachlicher Vorbildung erfüllen. Sie zerstört aber die Möglichkeit eines gesicherten Fortbestandes des Beamtentandes, wenn sie die Bestimmungen der Versailleser Friedensbedingungen unterschreibt. Ja, auch die Gegenverschlüsse lassen uns nicht mehr die Möglichkeit eines ausgedehnten Beamtenapparates. Und trotz dieser verminderten Nachfrage steigert die Regierung das Angebot an akademischen Berufsanwärtern. Wenn man den Volksschullehrern den Weg zur Universität ohne Auswahl öffnet, wird sich die Intelligenz dieses Standes nicht auf die Lehrertätigkeit beschränken, sondern den Nebergang in andere Berufe suchen. Und was bedeutet für den Durchschnittsdeutschen die Parole: „Wer in einem Beruf nicht ausreicht, der soll in einen anderen“?

Die Verhältnisse werden also schlechter werden, trotz aller Maßnahmen. Um so bedeutender wird die Berufsberatung für alle Eltern und Kinder, die vor der Frage der Berufswahl stehen. Es ist viel auf diesem Gebiete geschehen; für Akademiker ist besonders auch die in Berlin N.W. 7 bestehende „Deutsche Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker“ wichtig. Sie arbeitet mit ihren Merkblättern praktisch und durch ihre Kurse theoretisch für die Vorbereitung von Kenntnissen über die Berufe. Aber man muß doch auf die Grenzen aufmerksam machen, die der Schule und den öffentlichen Organen auf diesem Gebiete gesteckt sind. Es handelt sich bei jeder Berufsberatung, nicht nur bei der Berufsberatung für die akademischen Berufstätigen, sondern bei der Berufswahl schlechthin, nicht nur um die Verteilung der Verwertung von intellektuellen Fähigkeiten, nicht nur um Fragen des Erwerbs und der wirtschaftlichen Fortkommensmöglichkeiten. Es handelt sich um die Frage des Lebensglücks und der Fortentwicklung der Persönlichkeiten mit Leib und Seele; also um Entscheidungen von größter Verantwortlichkeit für den Einzelnen. Und da sollen die Eltern doch in erster Linie mitsprechen, um so mehr, als das Erbe des Elternhauses und der ganzen sozialen Umgebung, die dadurch gegeben ist, auch für alle Zukunft dem jungen Menschen eignet und ihn je nachdem hemmt oder fördert. So muß man also jede Einseitigkeit in der Machtbefugnis der Berufsberatung grundsätzlich ablehnen und auf das freie Zusammenwirken von Elternhaus und Schule in dieser Hinsicht das größte Gewicht legen: in letzter Linie müssen die Eltern die Entscheidung haben. Die Berufsberatung, so segensreich in ihrer beschränkten Aufgabe, darf nie in Lenkung oder Bevormundung ausarten.

Politische Nachrichten.

— Vor einer Regierungskrise. Je näher die Entscheidung der Friedensfrage rückt, desto mehr macht sich eine steigende, lähmende Nervosität innerhalb der Reichsregierung bemerkbar, die schon zu heftigen Zusammenstößen der Regierungsmitglieder untereinander geführt hat. Auf die Tatsache man wohl die vernichtende bürgerliche Kritik der Weisheitlichen Planwirtschaft beziehen. Es ist verständlich, daß die bürgerlichen Regierungsmitglieder es abgelehnt haben, mit ihren Namen die hier hinverbrannten Ideen ihrer sozialistischen Amtskollegen zu deden. Es ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß diese Umstände zu einer ersten Regierungskrise führen werden, mit deren Lösung sich bereits Freiherr von Nichtsoten (Demokrat) freiwillig bereit erklärt hat.

Deutschnationaler Antrag auf berufsständische Berivertung.

Im Verfassungsausschuß haben die Vertreter der deutschnationalen Fraktion folgenden Änderungsantrag zum Räteparagrafen gestellt:

Die Arbeitnehmer und Angestellten sind berufen, in gleichberechtigter Gemeinschaft mit den Unternehmern a) an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, b) an der allgemeinerwirtschaftlichen Entwicklung der Produktionskräfte mitzuwirken.

Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und deren Vereinbarungen auf dem Gebiete a) zu werden anerkannt.

Zur Durchführung der Aufgabe zu b) wird ein nach den gesamten Verhältnissen gegliederter Reichswirtschaftsrat eingesetzt.

Dem Reichswirtschaftsrat sollen sozialpolitische und wirtschaftliche Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung bei dem Reichstage zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze bei dem Reichstage zu beantragen, die gleich Vorlagen der Reichsregierung oder des Reichsrates zu behandeln sind. — Zusammenfassung und Aufgaben des Reichswirtschaftsrates zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reiches.“

Das Gesetz über den Staatsgerichtshof.

Der Staatsanwaltschaft hat den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Staatsgerichtshofs angenommen. In der Begründung des Gesetzes, das aus 15 Paragraphen besteht, wird auf die beschränkte Möglichkeit eines vollständigen Urteils hingewiesen. Ein Gerichtshof könne heute zu den Fragen jedenfalls nur dann ein abschließendes Urteil abgeben, wenn ihm die Archive aller am Kriege beteiligten Völker und die Aussagen ihrer Staatsmänner und Seerführer zur Verfügung stehen. „Besezt von der redlichen Absicht, der Wahrheit zu dienen, der Mitwelt nichts vorzuenthalten und die Schuldigen nicht zu schonen“, habe die Reichsregierung deshalb versucht, die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission mit weitgehendsten Befugnissen zur Feststellung des Tatbestandes zu erwirken. Der Plan sei aber bei unseren Gegnern auf entschiedene Ablehnung gestoßen. Weiter wird gesagt:

„Die Reichsregierung hält sich gleichwohl nach wie vor für verpflichtet, was an ihr liegt, zu tun, um die Wahrheit ans Licht zu bringen. Sie hat sich entschlossen, der Nationalversammlung als der Trägerin der Volkshoheit die Einsetzung eines Untersuchungsanschlusses vorzuschlagen, um die Ereignisse zu prüfen, die zu dem Zusammenbruch Deutschlands geführt haben. Der Untersuchungsanschuß soll prüfen, ob Deutsche, die „vermöge ihrer Stellung im öffentlichen Leben“ Einfluß auf jene Entwicklung der Dinge hatten, in begründetem Verdacht stehen, zu dem Ausbruch, der Verlängerung und dem Verlust des Krieges schuldhaft beigetragen zu haben. Ist so der Nationalversammlung in gewissem Sinne die Rolle des politischen Anklägers zugewiesen, so erfolgt die endgültige Entscheidung über die Schuldfrage durch einen Gerichtshof, der dem politischen Parteileben fernsteht und ohne Voreingenommenheit, nur seinem Gewissen verantwortlich, unparteiisch Recht sprechen wird. Die Zusammenfassung des Gerichtshofes aus höchsten Richtern des Reiches und Vertrauenspersonen der Nationalversammlung und dem Staatsanwaltschaft sicherzustellen, ist bestimmt, daß Mitglieder dieser beiden Körperschaften bei der Entscheidung über die Schuldfrage nicht mitwirken dürfen. Als einzige Strafolge des Schuldpruches ist die dauernde Unfähigkeit des Schuldigen vorgezogen, öffentliche Ämter zu bekleiden und in öffentliche Körperschaften gewählt zu werden. Das deutsche Volk muß davor bewahrt bleiben, daß Männer, die an seinem Schicksal mitschuldig sind, wieder zu Amt und Würden kommen oder sonst politischen Einfluß erlangen.“

Kollisions Ziele.

Wie Rußland neu aufgebaut werden kann.

Die französische Presse meldet aus Omsk, daß Admiral Kollisch bei einem Empfange der Militär- und Zivilbehörden des zentralen Lebens und des Kaiserthums sind zerstört. Die neue Lage erfordert neue Formen. Bei dem gleichen Empfange sprach sich der neue Generalgouverneur über die Ziele seiner Tätigkeit wie folgt aus: „Zuerst sei die Schaffung einer Armee notwendig, um den Bolschewismus zu vernichten, denn ohne Armee ist keine Arbeit einer Regierung möglich. In zweiter Linie muß der Bevölkerung der Friede gebracht und die gegenwärtige Zerfleischung beendet werden, und das dritte und wichtigste Ziel ist, normale Verhältnisse wieder herzustellen, die es gestatten sollen, zur freien Wahl einer konstituierenden Versammlung zu übergehen.“

Sitz der Vergleiche in Genoa.

Dant Blättermeldungen lehnten die Vergleiche des französischen Norddepartements eine Verhandlung im Pariser Arbeitsministerium, um einen Ausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeizuführen, ab und beschloffen, vorläufig weiter zu streiken.

Einer Meldung aus Saint Etienne zufolge, haben die Vergleiche des Loiregebietes beschlossen, nötigenfalls selbst einen Generalsstreik zu erklären, um gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen.

Unterbrechung der Hallertransporte.

Bei Vissa in Polen ist — wahrscheinlich von polnischen Truppen — die von den polnischen Truppentransporten durch Deutschland berührte Eisenbahnlinie durch Sprengung einer Brücke unterbrochen worden. Durch dieses Ereignis erleiden die Militärtransporte der Armee Haller auf der Strecke Frankfurt a. M.—Eisenach—Halle eine Stockung, deren Dauer noch nicht abzusehen ist. Die Polenzüge bleiben zunächst liegen, so auf der Strecke Eisenach-Bebra in Gefangen. Das Eisenacher Garnisonkommando ist vom Reichswehrminister beauftragt worden, zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der genannten Station die nötigen Maßnahmen zu treffen.

Schleichendes Gift.

Roman von Reinhold Ortmann.

72

(Nachdruck verboten.)

„Weshalb nicht? — Muß es denn immer leidenschaftliche Liebe sein, die zwei Menschen zusammenführt? — Ich denke — man hat Beispiele genug dafür — daß ein junges Mädchen sich auch aus anderen Rücksichten gebunden hat. Ich bin in der Tat vorurteilsfrei genug, auf die leidenschaftliche Liebe vorerst zu verzichten und mich mit den freundschaftlichen Gefühlen zu begnügen, die Fräulein Edith doch wohl für mich empfindet.“

„Ich weiß nicht, ob sie irgendwelche freundschaftlichen Gefühle für Sie hat. Aber ich glaube es nicht. Und ich sehe durchaus keinen Grund, weshalb sie Sie heiraten sollte.“

Er hatte seinen Haß und seine maßlose Verachtung nicht mehr bezähmen können. Paul Lehrmar richtete sich auf. Aber die Art des andern schien nur dazu beizutragen, ihn die gewohnte zynische Gelassenheit wiederfinden zu lassen.

„Man muß Sie kennen, um sich nicht an Ihrer rauhen Außenseite zu stoßen“, sagte Lehrmar. „Jeder andere würde Ihre Aeußerungen wahrscheinlich für starke Unliebenswürdigkeiten ansehen. — Im übrigen ist es doch ziemlich klar, aus welchen Gründen Fräulein Edith geneigt sein wird, mir ihre Hand zu reichen. Ich bin viel zu zartfühlend, als daß ich all diese Günde hier erörtern sollte. Sie haben zweifellos einen starken Einfluß auf Ihre Schwester, und bei unserer Freundschaft werden Sie diesen Einfluß ebenso zweifellos zu meinen Gunsten geltend machen.“

„Ich denke gar nicht daran, irgendeinen Druck auf meine Schwester auszuüben! Sie haben meine Einwilligung. Aber wie Sie mit Edith zurecht kommen, das ist ganz allein Ihre Sache.“

Paul Lehrmar nickte zustimmend.

„Selbstverständlich! Habe ich denn auch etwas von

Deutsches Reich.

Eine neue Kraftprobe in Sachsen.

Unter der Ueberschrift „Eine neue Kraftprobe in Sachsen“ macht der „Dresdener Anzeiger“ unter anderem folgende Ausführungen:

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Unabhängigen in Sachsen eine neue Kraftprobe vorbereiten. Ihre Agenten entfalten Schulters an Schulters mit den Kommunisten eine außerordentliche Rührigkeit. In allen kleineren Industrieorten, die bisher das Eindringen der Unabhängigen erfolgreich abgewehrt haben, halten sie Versammlungen ab und es läßt sich nicht leugnen, sie gewinnen Schritt für Schritt Boden. In letzter Zeit haben in einigen Industrieorten bemerkenswerte Uebertritte zu den Unabhängigen stattgefunden. Sie agitieren gegen die Regierung Gradenauer, die sie beschuldigen, von dem Kapitalismus schmächtig zu kapitulieren. Die Regierung reibe zu einem neuen Kriege und wolle die Arbeiter aufs neue in Blut und Elend stürzen. Deswegen müßten die Arbeiter sich aufrufen und zum Kampfe aufgefordert. Man prophezeit große Ummwälzungen für die nächste Zeit. Die Ursache, die sich in der letzten Zeit in den sächsischen Kohlengruben geltend macht, steht damit ursprünglich im Zusammenhang.

Zur Auflösung des Großen Leipziger Arbeiterrats.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik hat auf das Protokoll des Großen Arbeiterrats zu Leipzig, anlässlich dessen Auflösung durch Generalmajor Waerker erwidert, er stehe auf dem Standpunkt, daß es unter keinen Umständen zugelassen werden könne, daß ein Arbeiterrat willkürlich von Militär- oder sonstigen Instanzen aufgelöst wird.

Keine Ordensverteilung mehr.

Das Kriegsministerium teilt mit: Die Verleihung des Ordens Pour le Merite und anderer Kriegsauszeichnungen, außer dem Eisernen Kreuz, findet einstweilen auch in dem Fall nicht mehr statt, wenn es sich um bereits vor der staatlichen Ummwälzung eingereichte, aber nicht mehr zur Erledigung gekommene Vorschläge handelt. Anträge auf Verleihung solcher Auszeichnungen erscheinen daher zurzeit zwecklos. Ob das Verdienstkreuz für Kriegshilfe, die Rote-Kreuz- und Rettungsmedaille noch weiter verliehen werden sollen, steht ebenfalls noch dahin. Bis auf weiteres können daher auch Verleihungsanträge für diese Auszeichnungen eine Berücksichtigung nicht finden.

Der heftige Ministerpräsident Ulrich hat an den General Mangin folgendes Telegramm gerichtet: Ich ersahre soeben, daß das französische Kriegsgericht in Mainz 2 Eisenbahnarbeiter aus Anlaß des Demonstrationstreiks mit Gefängnisstrafen von insgesamt 33 Jahren 7 Monaten, darunter Einzelstrafen bis zu fünf Jahren, verurteilt hat. Diese harte Bestrafung hat Entsetzen in allen Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen, umso mehr, als sich der Streik nicht gegen das französische Militär, sondern gegen das hochverräterische Treiben des eigenen Vaterlandes gerichtet hat. Ich wende mich daher an Sie, Herr General, mit der Bitte, gegenüber der entsetzlichen Härte der Bestrafung von dem Begnadigungsrechte in weitestmöglichem Maße Gebrauch zu machen.

Einkerbung eines Allgemeinen Deutschen Evangelischen Kirchentages. Der von der Vorkonferenz in Kassel zur Vorbereitung für einen Allgemeinen Deutschen Evangelischen Kirchentag eingesetzte Arbeitsausschuß hat bei seiner zweiten Tagung vom 2.—6. Juni beschlossen, den Deutschen Evangelischen Kirchen-Ausschuß zu bitten, den Kirchentag vom 15.—18. Juli nach Dresden einzuberufen.

Der Bund deutschvölkischer Juristen in Charlottenburg 5, Holzendorffstraße 19, hat in einer Eingabe an den Verfassungsausschuß der Nationalversammlung gebeten, in die Abschnitte der Reichsverfassung über Verwaltung und Rechtspflege eine Bestimmung aufzunehmen, wonach in Verwaltung und Rechtspflege fremdbräutige Reichsangehörige nur in einer Anzahl, die im Verhältnis der Angehörigen der fraglichen Rasse zur Gesamtbevölkerung steht, tätig sein dürfen und wonach fremdbräutige Reichsangehörige überhaupt nicht berufen werden dürfen. Die vorgeschlagene Bestimmung übernahm der fremdbräutigen Reichsangehörigen namentlich jetzt verurteilt, wo der Erwerb der Reichsangehörigkeit in überaus hohem Maße erleichtert wird, und eine außerordentliche Ausnahme der Vererbung von Namen, die auf eine nichtdeutsche Rasse ihrer Träger schließen lassen, mit deutsch klingenden, zum Teil uralten deutschen Namen zu verzeichnen ist. — Die Schäden haben sich in den letzten Monaten so deutlich angefühlbar, daß es einer weiteren Begründung der Bitte nicht bedarf; es genügt der Hinweis z. B. auf München.

Kriegsgefangenenheimkehr. Das Reichspostministerium teilt mit: Die Telegraphenanstalten sind ermächtigt worden, für die im dortigen Auftrage durch Stadt- oder Landgemeinden eingerichteten Kriegsgefangenenheimkehrstellen die abgekürzte Telegrammadresse „Krisenheim“ zur Anwendung im gebührenfreien Verkehr auf Antrag ohne Kostenanrechnung einzutragen.

Bombardement von Kronstadt.

Das englische Dittschewad hat den Hafen von Kronstadt angegriffen und dabei zwei bolschewistische Schiffe zerstört. Das von den Bolschewisten verteidigte Fort Alexander mußte nach kurzem Kampfe geräumt werden.

Arbeitslosenunterstützung und Arbeitszwang.

Für jeden Denkenden in Deutschland ist es klar, daß die gegenwärtigen Zustände unhaltbar sind. Das wirtschaftliche Leben stößt in beängstigendem Maße auf einer Seite immer unfinnigere Lohnforderungen, auf der anderen eine tägliche wachsende Zahl von Arbeitslosen. Kein Wunder, daß für jeden, der nichts tut, heute vom Staat aufs beste gesorgt wird. Diese Prämie auf das Nichtstun wirkt natürlich anreizend, und man hört es oft genug offen aussprechen: „Ich wäre ja dumm, für acht Mark zu arbeiten, wenn ich dasselbe Geld als Arbeitsloser an Unterstützung bekomme.“ So greift die Unlust zur Arbeit immer weiter um sich, und wir treiben unaufhaltsam einem Verderben entgegen, das sich mit all seinen Schrecken erst dann ganz offenbart wird, wenn unsere Nahrungsmittel zur Neige gehen und zur Arbeitslosigkeit sich auch noch der Hunger gesellen wird.

Zwar hat die Regierung bereits angekündigt, daß es nicht weiter gehen kann. Die Arbeitslosenunterstützung soll einmal aufhören. Bis dahin geht es eben weiter, und Millionen werden verhungern. Diese „Erregungssache“ der Revolution kostet uns mehr, als wenn wir den Krieg fortgesetzt hätten. Die schwächliche Haltung der Regierung, die gegen väterlich ermahnt und belehrt, statt mit fester Hand zuzupacken, zeigt sich auch hier wieder. Warum hat sie nicht mit der Arbeitslosenunterstützung zugleich auch den Arbeitszwang proklamiert? Aber freilich, das verückte Paradies erwartete ja von der Revolution das irdische Paradies, schrankenlose Freiheit; wie hätte da die sozialistische Regierung es wagen dürfen, ihm den Arbeitszwang zu diktieren, eine Maßnahme, zu der sich nicht einmal das so verhasste alte Regime verstiegen hat!

Zu arbeiten hätte es schon gegeben. Vor allen Dingen auf dem Lande, wo nach dem Abtransport der Kriegsgesessenen Hunderttausende von Arbeitskräften fehlen, wofür aber niemand Neigung hat, zu gehen. Natürlich, es ist ja so viel angenehmer, acht Mark täglich für Nichtstun einzunehmen als für dasselbe oder ein geringeres Geld seine Glieder in fleißiger Arbeit auf dem Felde zu rühren. Daß aber mangels an Arbeitskräften die nächstjährige Ernte unschlechter ausfallen wird als die letzte, und daß sich damit unsere Nahrungsvorsorgen ins Endlose weiter hinziehen, daran denkt natürlich niemand. Was geht es ihn an? Es ist ja Sache der Regierung, hier Abhilfe zu schaffen.

Aber auch eine andere Gelegenheit, viele Hunderttausende zu beschäftigen, hätte sich geboten, nämlich bei Ausführung der zahlreichen Kanalpläne, die schon seit langem die Öffentlichkeit beschäftigen. Sicherlich sind viele dieser Pläne bereits soweit gediehen, daß sie unverzüglich in Angriff hätten genommen werden können. Damit wäre nicht nur Hunderttausenden Beschäftigung gegeben, sondern es wären zugleich auch unsere Verkehrsmittel verbessert worden, was für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft von größter Bedeutung ist. All die Milliarden, die jetzt an Arbeitslose weggeworfen werden, hätten in nutzbringende Arbeit umgesetzt werden können. Aber freilich, auch hierfür hätten sich Freiwillige nicht gefunden. Hätte und Später zu führen wäre ja noch viel weniger nach dem Geschmack der Herren Arbeitslosen gewesen, die sich lieber auf Staatskosten ernähren lassen und mit den Händen in der Tasche herumzumbummeln. Demonstrationen veranstalten und den Wurmarm der Deutschen Reiche nach Kräften vermehren helfen, wenn sie nicht noch schlimmeres Unheil ausrichten.

Wenn wir aber nicht völliger Vernichtung unserer Wirtschaft, dem Hungerelend und damit dem Bolschewismus mit all seinen Schrecken, wie sie Rußland erleiden muß, verfallen wollen, so wird die Regierung sich doch noch zum Arbeitszwang entschließen müssen. Aber sie tue es schleunigst, ehe es zu spät ist. Es ist die letzte Stunde — es gilt, das nackte Leben unseres Volkes zu erhalten. Man schaffe also endlich das Gesetz, das da lautet: „Ohne Arbeit kein Brot.“ Allerdings ist dafür Voraussetzung, daß hinter dem Gesetzgeber auch die Macht steht, sein Gebot gegenüber den Arbeitsunwilligen durchzuführen. Die Anlässe nach dieser Richtung sind vorhanden. Möge die Regierung also, ohne sich durch das unaussprechliche Geschrei von linksradikaler Seite heirren zu lassen, ihre Pflicht und Schuldigkeit tun und damit retten, was an unserem niedergebrogeneen Volk noch zu retten ist.

Kunst und Wissenschaft.

Eine Ehrengabe für Eberhard König. Die Sanghans-Eitung des Deutschen Bundes (St. Gotthard) zur Ehrung völkischer Dichter und Künstler verlieh ihren diesjährigen Ehrenpreis von hundert Mark dem Dramatiker und Epiker Eberhard König in Frankfurt a. M. Die Ehrung erfolgte als Anerkennung für die letzten drei Hauptwerke Königs: das dramatische Heldengedicht „Bieland der Schmied“, „Gevatter Tod“ (ein Märchen von der Menschheit) und die Legenden „Von dieser und jener Welt“.

einem „Druck“ gesagt? — Ich habe, soviel ich weiß, lediglich davon gesprochen, daß Sie ein wenig zu meinen Gunsten auf Ihre Schwester einwirken möchten. Und ich sehe nicht die mindeste Veranlassung zu einer so heftigen Zurückweisung, wie Sie sie belieben.“

„Aber ich wiederhole Ihnen, daß von irgendeiner Einwirkung nicht die Rede sein kann! Und ich muß Ihnen offenlegen, daß ich Ihre Bewerbung für vollkommen aussichtslos halte. Ich glaube es nicht, daß Edith ihr Jawort geben wird — ich glaube es unter gar keinen Umständen. Und Sie werden in unser aller Interesse besser daran tun, wenn Sie Ihre Absichten auf ihre Hand aufgeben. Sie werden damit nicht nur sich selbst das Peinliche einer Abweisung ersparen, sondern Sie erweisen mir auch einen bedeutenden Dienst damit. Ich darf es Ihnen nicht verhehlen, daß Sie durch Ihre Werbung geradezu meinen Familienfrieden bedrohen. Und ich wäre bereit, Sie für die Enttäuschung —“

„Halt, mein Bester! — Am Ende wären Sie bereit, mir einen Beizug angemessen zu honorigen? — Das wirkt etwas bedenkliches Licht auf Ihre Meinung von meinem Charakter. Ich will es Ihnen nicht weiter verzeihen, denn Sie haben in bezug auf das Geld und die Macht des Geldes ja wohl so Ihre besonderen Anschauungen, die man Ihnen nachsehen muß. Aber ich muß es nun wohl aussprechen, daß ich Ihre Schwester liebe — ganz unfinnig liebe. Und daß meine Bewerbung schon deshalb nicht aussichtslos sein darf, weil ich es einfach nicht ertragen würde, sie aufzugeben.“

Ramboldt ließ die Arme sinken. Und er bemühte sich jetzt nicht mehr, zu verbergen, was in ihm tobte.

„Ja, was wollen Sie denn eigentlich? — Kann ich meiner Schwester eine Liebe einflößen, die sie nicht empfindet? — Sie werden doch wohl verzichten müssen, wenn meine Schwester Sie nicht will!“

Mit einem kalten Blick sah ihm Paul Lehrmar unverwandt in die Augen.

„Es wäre recht bedauerlich, wenn sie sich nicht dazu entschließen könnte. Auch in unser aller Interesse — um mich Ihrer Worte zu bedienen. Ich glaube bewiesen zu

haben, daß ich an der Freundschaft zu Ihnen auch unter den schwierigsten Verhältnissen festhalten willens bin. Ich habe mich dadurch, daß ich diese Freundschaft demonstrativ zur Schau gestellt habe, selbst überall in die lieblichen Gegend unmöglich gemacht. Aber natürlich in der Erwartung, daß mir Gleiches mit Gleichem vergolten wird!“

Langsam und bedächtig, jedes Wort gleichsam wägend, hatte er das gesagt. Hermann Ramboldts Antlitz nahm wieder jene wachsgelbe Farbe an, die ihm etwas so erschreckend Totenähnliches gab. Aber in diesem leichtenhaften Gesicht brannten die Augen in einer Glut, die es selbst dem reichlich unerschrockenen Gutspächter unbehaglich zumute werden ließ.

„Soll das eine Drohung sein?“

„Habe ich Ihnen jemals gedroht? — Ich bin von jeher aufrichtig bemüht gewesen, Ihnen Beweise meiner freundschaftlichen Gesinnung zu geben. Bei jeder Gelegenheit bin ich für Sie eingetreten, und ich habe mich nicht einmal empfindlich gezeigt gegen Ihre wirklich oft recht verletzende Art. Aber alles hat einmal seine Grenze. In meinem ganzen Leben habe ich mich nicht ungekräft zum Narren halten lassen. Und wo man mir's nicht deutlich genug zeigen kann, daß einem nichts an mir gelegen ist — da werde ich natürlich auch mein Verhalten entsprechend einrichten.“

Er sah doch zu Boden vor dem Blick, der sich in seine Augen bohrte. Für eine geraume Weile blieb es still zwischen ihnen — so still, daß sie die Tritte des Pferdes draußen auf dem Pflaster hörten. Dann kam es heiser und kaum verständlich, vom Schreibtisch her:

„Was erwarten Sie eigentlich von mir? — Meine Schwester ist mir doch keinen Gehorjam schuldig. Und so weit wenigstens sollten Sie sie doch kennen gelernt haben, um zu wissen, daß sie sich nicht zwingen läßt.“

Paul Lehrmar sah, daß er das Spiel gewonnen hatte. Und in demselben Moment lehrte ihm auch seine gute Laune zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Köslin, den 10. Juni 1919.

Zum 11. Juni: Sonnenaufgang 3.40. Sonnenuntergang 8.19.
Mondaufgang 6.26. Monduntergang 2.6.

Die Pfingstfeier haben allen Ausflüglern ein schönes Sommerfest besichert. Unser lieber Wettermacher Petrus hat auf die vielen weichen Kleider und Güte die weitgehendste Rücksicht genommen. So war es ganz erklärlich, daß der kösliner Anziehungspunkt: der Strand, einen großen Besuch aufzuweisen hatte. Auch nach dem schönen Gollen und den Buchwald pilgerten große Scharen von Ausflüglern. Abends sah man innerhalb der Stadt sämtliche Lokale so gut besucht, daß man schwer noch ein Plätzchen finden konnte. — Der Pfingstgottesdienst im Walde erstreckte sich auf einen ungemein regen Zulauf. Bereits um acht Uhr war der Platz um das Gollentanzplatz dicht umlagert von Angehörigen aller Stände. Der Kinderchor von Sankt Marien, der Bläserchor des Junglingsvereins und der Gemeindechor bildeten den musikalischen Teil der Feier. Die Festpredigt hielt Herr Superintendent R. Meyer. Der Festprediger versuchte das gegenwärtige Geschlecht, dem die umgebende Frühlingssprache neuen Lebensmut ins Herz goß, und in der Zeit der Trübsal aufzurichten und zu stärken. — Auch unsere Gottesdienste in der Stadt erfreuten sich während der Festtage regen Besuches. So eindringlich auch der musikalische Vortrag des Chors klang, vergeblich spähte man in dem Kirchenraum nach einem grünen Blättchen umher. Und das hat seinen Grund darin, daß der Gemeindefiskusrat von Sankt Marien in einer Sitzung sich grundsätzlich festgelegt hat, den Kirchenbesuch in Gestalt von Blumen und Sträußchen und so weiter nicht zu dulden. Er ging dabei von der in sich richtigen Ansicht aus, daß bei Hochzeiten die reichen Leute wahrhafte Palmen- und Orchideenhaine errichten konnten, während ein armer Mann seiner Ehehälfte die Hand zum Lebensbunde vor dem ungeschmückten Altar reichen mußte. Ein Verbot der privaten Kirchenschmückung für privatwirtschaftliche Veranstaltungen ist aus dieser Erwägung heraus durchaus zu billigen. Nicht recht verständlich ist aber der Entschluß auch von sonstiger Kirchenschmückung abzusehen. Mit demselben Rechte kann man ja auch dann künftig den Weihnachtsbaum aus dem Altarraum entfernen und so folgerichtig ist man denn doch nicht vorzugehen. Vielleicht macht man auch hinsichtlich des Maienbaumes eine Ausnahme von der Regel und behält eine alte sommerliche Sitte bei. — Unter sehr starker Beteiligung unternahm am ersten Pfingstfesttag der „Männergesangsverein Sängerkreis“ einen Frühjahrsflug nach dem Gollentanzplatz. Die zum Vortrag gebrachten neun Lieder fanden reichlichen und wohl verdienten Beifall.

Frauen in der Kirche. Wie wir hören, hat die hiesige Sankt Mariengemeinde Frauen mit beratender Stimme in die kirchlichen Körperschaften gewählt, 2 Frauen in den Gemeindefiskusrat und vier Frauen in die Gemeindevertretung. Auch der diesjährigen Kreisynode werden zwei Frauen als beratende Mitglieder angehören.

Neue Bezirkshebamme. An Stelle der verstorbenen Frau Struh hat der Kreis-Ausschuß dem Vernehmen nach die Hebamme Ingeborg Kupfer in der Wallstr. 4 angestellt.

Freimärkte zur Erinnerung an die Nationalversammlung. Vom 1. Juli ab werden bei familiären Postanstalten des Reichspostgebietes Freimärkte zur Erinnerung an die Deutsche Nationalversammlung 1919 mit den Wertangaben 10, 15 und 25 Pfennig auszugeben. Es werden zunächst an jeden Käufer von jedem Werte nur kleinere Mengen, später — sobald ein genügender Vorrat gedruckt ist — unbeschränkte Mengen abgegeben. Die Herstellung einer Postkarte zu 10 Pfennig zur Erinnerung an die Nationalversammlung ist in Vorbereitung.

Feuer brach am zweiten Pfingstfesttag nachmittags in der Dorotheenstr. 5 aus. Der Brand, der von den Hausbewohnern gelöscht werden konnte, zerstörte eine Bodenkammer und beschädigte den Dachstuhl erheblich. Ueber die Ursachen des Feuers konnte bisher noch nichts ermittelt werden.

Verhandlungen für die nächste Schwurgerichtstagung. Die zweite diesjährige Schwurgerichtstagung für den Amtsbezirk des hiesigen Landgerichts beginnt am kommenden Montag, dem 16. d. Mts., vormittags 9,15 Uhr, und wird, so weit sich voraussichtlich eine Zeitdauer von neun Tagen in Anspruch nehmen. Den Vorsitz in den für diese Tagung anstehenden Verhandlungen führt der Landgerichtsdirektor Beheimer Justizrat Haken. Es soll verhandelt werden am:

Montag, den 16. Juni, gegen a) die ehemalige Postauswärtigerin und ledige Arbeiterin Emma Moldenhauer zu Köslin wegen Unterschlagung im Amte, und b) gegen den Arbeiter Rudolf Benzke ohne festen Wohnsitz und zurzeit in Haft wegen eines Verbrechens oder Vergehens gegen die Sittlichkeit.

Dienstag, den 17. Juni, gegen den Fleischermeister Franz Steffen zu Schwelke wegen vorjähriger Körperverletzung mit tödlichem Ausgang.

Mittwoch, den 18. Juni, gegen 1. die verehelichte Eigentümerin Anna Rath, geb. Dräger, 2. den Eigenläufer Albert Dräger, 3. die unterverheiratete Marie Dräger und 4. den Maurer Emil Dräger sämtlich zu Burglaff, Kreis Belgard, wegen Meineids.

Donnerstag, den 19. Juni, gegen den Bortassensführer Wilhelm Brühl gebürtig aus dem Kreise Stornarn, Regierungsbezirk Schleswig wegen eines versuchten Verbrechens oder Vergehens gegen die Sittlichkeit.

Freitag, den 20. Juni, gegen 1. den Landwirt Hermann Michel, zurzeit zu Hirschberg in Schlesien, wegen betrügerischen Bankrotts. 2. Frau Elisabeth Michael geb. Böker zu Hirschberg sowie 3. Frau Kaufmann Frieda Köhne geb. Böker zu Neustadt in Westpr. wegen Beihilfe zum betrügerischen Bankrott.

Sonabend, den 21. Juni, gegen das Dienstmädchen Mariha Lohn aus Schlöwitz wegen Totschlags.

Montag, den 23. Juni, gegen den Arbeiter Arnold Erling zu Friedrichsfelde bei Röpplerberg wegen versuchten Totschlags.

Dienstag, den 24. Juni, gegen 1. den Arbeiter Erich Krüger, 2. den Bahnarbeiter Reinhold Jahnke, 3. den Arbeiter Albert Reddel, 4. den Arbeiter Willi Hackbarth und 5. den Schuhmachermeister Werner Winkel, sämtlich zu Belgard und zurzeit in Haft, wegen Landfriedensbruchs.

Mittwoch, den 25. Juni gegen 1. den Zimmergesellen Hermann Batke zu Kolberg wegen schwerer Urkundenfälschung, und 2. gegen das Dienstmädchen Anna Zimmermann aus Schlöwitz wegen Kindesmords.

Publik. Das Ende des Arbeiterrates. In der Kreisversammlung am 3. Juni wurden der Arbeiterrat mit 18 gegen 7 Stimmen seines Amtes enthoben.

Dramburg. Sehr bedauerliche Vorgänge haben sich anfangs dieser Woche in der Wirtschaft Woltersdorf im hiesigen Kreise zugetragen. Von unbekannter Hand ist in der Nacht zum Dienstag eine Handgranate vor das Haus des dortigen Gemeindevorstehers Splettstößer geworfen worden, wodurch sämtliche Fensterscheiben zertrümmert, Personen jedoch nicht verletzt wurden. In der darauffolgenden Nacht ist in die dortige Gutsmolkerei ein gewalttätiger Einbruch verübt worden, wobei den Dieben, nachdem sie die Schwerkraft des Molkereierwalters übel zugerichtet hatten, eine größere Summe Geldes etwa 1500 Mark, in die Hände gefallen ist. Von den Tätern hat man zurzeit noch keine Spur.

Stolz. Stadtverordnetenversammlung. Trotz 31 Vorlagen ging die letzte Stadtverordnetenversammlung in 2½ Stunden glatt von hinnen. Um bei Kohlenmangel nicht wieder der Gefahr aus-

gesetzt zu sein, daß die Stadt ohne Elektrizität ist, wird der Ankauf eines Dieselmotors zum Preise von 350 000 Mark genehmigt. Infolge der dauernden Steigerung der Kohlen und Arbeitslöhne wird der Gaspreis vom 1. Juli ab von 35 Pfennig auf 50 Pfennig für den Kubikmeter erhöht. Da ein Neubau des städtischen Gaswerkes für geboten erscheint, wird eine Kommission beauftragt, nach Kolberg, Danzig, Marienburg und Elbing zu fahren, um die dortigen modernen Gaswerke zu besichtigen. Um die Wohnungsnot zu beheben, soll eine Erweiterung der Kleinhäuserkolonie an der Schla-derstraße vorgenommen werden, und zwar sollen gebaut werden drei Sechsfamilienhäuser, sechs Vierfamilienhäuser und fünf Zweifamilienhäuser, sodas insgesamt 52 neue Wohnungen geschaffen werden. Die Kosten einschließlich Straßenaufkosten im Betrage von 1 105 550 Mark wurden bewilligt. — **Kreisrat.** Zum ersten Male nach den erfolgten Neuwahlen wurde am Sonnabend im Kreisratgebäude hier selbst ein Kreisrat abgehalten. Der Vorsitz führte Landrat Kramer, der nach Gültigkeitserklärung der Neuwahlen zum Kreisrat die neugewählten Kreisratstagabgeordneten in ihr Amt einführt, nachdem er sie in einer kurzen Ansprache begrüßt hatte. — Die Errichtung einer dritten Kreisratssekretärstelle wurde beschlossen, ebenso die Übernahme der durch die Familienunterstützung entstandenen auswärtigen Schulverbindlichkeiten auf die Kreisratkasse. — Zugestimmt wurde dem Erlaß einer Bagfordnung für die Wahl zum Kreisrat und zum Kreisratkommissionen, einer Abänderung des zwischen dem Stadtkreis und dem Landkreis über die Mitbenutzung des städtischen Krankenhauses abgeschlossenen Vertrages, sowie der Beteiligung des Landkreises Stolz an der gemeinsamen Kraftwagenverkehrs-Gesellschaft für die Provinz Pommern. — Abgelehnt wurde ein Antrag auf Einsetzung eines Ernährungsbeirats, angenommen ein Antrag des Kreisratstagabgeordneten von Puttkamer-Karzin, das Kontrollrecht dem Arbeiterrat zu erteilen und die Zahlung der Entschädigung an die Mitglieder des Arbeiterrats aus Kreismitteln vom 1. Juli ab einzustellen.

Kanenburg. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich diesertage abends 5 Uhr auf der Kaiserstraße. Der 3 Jahre alte Knabe Wilhelm Beckner, Kaiserstraße 30 wohnhaft, lief kurz vor einem Lastauto über die Straße und kam dabei unglücklich über die Straße. Der Führer des Autos konnte den Knaben unmöglich bemerken und auch das Auto nicht zum Stehen bringen, sodas der Knabe von dem Kraftwagen überfahren und ihm beide Beine abgequetscht wurden. Der Bedauernswerte wurde sofort in das Johanner-Krankenhaus geschafft, wo der Tod ihn aber bald von seinen Schmerzen erlöste.

Pyritz. Töblicher Unglücksfall. Der Kaufmann Wilhelm Stöhr aus Pyritz ist in Berlin vor verhängnisvoller Weile ums Leben gekommen. Bei einem Gang über die Straße wurde derselbe von einem Stein, der sich aus dem Giebel eines Hauses gelöst hatte, so unglücklich auf den Kopf getroffen, daß ihm die Schädeldecke zertrümmert wurde. Der Bedauernswerte starb nach einigen Stunden.

Stettin. Ende des Arbeiterrats. In der Stadtverordnetenversammlung wurde der Antrag Thomas und Genossen, der die Befreiung des Arbeiterrats verlangt, in namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 31 Stimmen angenommen. — Ueber den Antrag Horn und Genossen, der die Aufhebung des Belagerungszustandes verlangt, wurde nach eingehender Aussprache mit einem Antrag Ahrens, daß der Belagerungszustand nur so lange aufrechterhalten werden soll, als dies für die öffentliche Sicherheit notwendig ist, zur Tagesordnung übergegangen. — Der Antrag, der die Befreiung des Abgeordneten Heise aus der Haft beantragte, wurde nicht erörtert zu werden, da der Abgeordnete Heise bereits aus der Haft entlassen ist und im Laufe der Sitzung erlosch.

Greifswald. Streik der kaufmännischen Angestellten. Mit 260 gegen 43 Stimmen wurde Dienstag abend in einer Versammlung in der Stadthalle der Handelsangestellten der Streik für Greifswald beschlossen. Am Sonnabend abend hatte der Arbeiterrat ein Votum zur Abstimmung anberaumt, in der über die Tariffrage verhandelt wurde. Am Montag und Dienstag sollten darauf wiederum Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattfinden, zu beiden Verhandlungen konnten die Arbeitgeber jedoch nicht erscheinen. In der Versammlung der Angestellten wurde betont, daß das Nichterscheinen der Arbeitgeber die Verhandlungen bis nach Pfingsten verzögern sollte. Daß die Arbeitgeber mit dem Streik gerechnet haben, zeigte ein Plakat, welches die Schließung der Geschäfte anzeigt, welches bereits vor Verhängung des Streiks fertiggestellt war. In vergangener Nacht fand noch eine kurze Besprechung der Parteien statt, welche auch keine Verständigung brachte. Als Schlichtungsausschuß ist der Arbeiterrat angerufen.

Straßund. Gründung einer Einwohnerwehr. Im Bürgerlichen Kollegium entfiel die Ratsanfrage auf Gründung einer Einwohnerwehr eine lebhaftige Aussprache. Die sozialdemokratische Fraktion als Gegnerin versuchte durch Verlassen des Saales Beschlussfähigkeit herbeizuführen; es mißlang aber, und die Gründung einer Einwohnerwehr wurde trotzdem beschlossen. Die Sitzung dehnte sich bis nachts 1 Uhr aus.

Swinemünde. Mordtat eines gefangenen Russen. Als der Eigentümer Pirwitz aus Garz auf Uedom spät abends von einem Vergnügen in seine Behausung zurückkehrte, gewahrte er einen Russen, der früher bei ihm beschäftigt gewesen war. Es kam zu einer Auseinandersetzung, die schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Die beiden Männer gingen dann wieder auseinander, als P. in der Nacht nach seinem Grundstück zurückkehrte, wurde er hier von dem ihm auflauernden Russen überfallen, der ihm mit einem langen Küchenmesser einen tiefen Stich in die linke Seite verrietete. Erst am Montag morgen wurde der Schwerverletzte in seinem Blute schwimmend aufgefunden. Am Montag abend ist er gestorben. Der Mörder konnte ergriffen und dem Swinemünder Gerichtsgefängnis zugeführt werden. Der Russe soll, während P. im Felde war, mit dessen Frau ein Verhältnis gehabt haben.

Swinemünde. Brandunglück. In nächster Stunde entzündete auf dem Gehöft des Eigentümers Wegner in Sakerhorst bei Prützer ein großer Brand, der das ganze Bestium bis auf die Umfassungsmauern in Schutt und Asche legte. Bei dem Brande ist das einjährige Kind der Familie Wegner infolge Rauchvergiftung lebensgefährlich erkrankt, sodas es in das Swinemünder Krankenhaus geschafft werden mußte. Die Angehörigen haben nur das nackte Leben retten können; alles Mobiliar und Inventar ist mitverbrannt. — **Das Ende vom Lied.** Nachdem in diesen Tagen in der hiesigen Weinhandlung von Treptow Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden waren, die dem Buchhalter Arno Dietrich zur Last gelegt wurden, unternahm dieser einen Selbstmordversuch, indem er sich in seiner Wohnung eine Kugel in die Herzgegend jagte. Der Lebenswille wurde in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus geschafft. — **Ein dreifacher Straßenraub** wurde abends in der Dunkelheit im Strandviertel in der Grabenstraße von einem Unbekannten, der eine schwarze Maske trug, verübt. Das Opfer war ein junges Mädchen, dem eine Geldtasche mit wertvollem Inhalt geraubt wurde. Trotz sofortiger Verfolgung des Straßenräubers durch einige Männer ist der Täter entkommen.

Katel. Eine geheimnisvolle Angelegenheit. Auf ein Gerücht hin, daß der Tischlermeister Radstula eine schwarze Liste von mißliebigen Deutschen, die im Falle des Einmarsches der Polen zur Rechenschaft gezogen werden sollen, zusammengestellt habe, unternahm 4 Soldaten bei dem Tischlermeister eine Hausdurchsuchung. Als N. die Soldaten erblickte, ergriff er die Flucht, wurde aber eingeholt und festgenommen. Bei dem Verhör durch den Stadtkommandanten bestritt der Gefangene jede Schuld, wurde aber trotzdem ins Justizgefängnis eingeliefert. Als an demselben Abend zwei erkrankte Soldaten in das Revierlazarett gebracht wurden, entstand das Gerücht, diese Soldaten seien von N. erschossen worden. Darüber bemächtigte sich der Bevölkerung und der Soldaten eine große Erregung. In der Nacht wurde N. aus dem Gefängnis herausgeholt. Am nächsten Tage fand man ihn tot auf. Ansehend ist er erschlagen worden. Der wahre Sachverhalt wird erst durch die nähere Untersuchung festgestellt werden.

Volkswirtschaft

In den Verhandlungen zwischen den Bergarbeiterverbänden und dem Gewerband kam es zu folgender Vereinbarung: Die Vertreter der Bergarbeiterverbände verpflichten sich, entsprechend, nach der am 8. Mai getroffenen Vereinbarung mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß die Kohlenpreiserhöhung in der schon damals für erforderlich gehaltenen Höhe genehmigt wird. Unter dieser Voraussetzung erklären sich die Vertreter des Gewerbandes bereit, den Verbandsmitgliedern vom Tage des Eintritts der Erhöhung (15. Juni) eine Zulage von durchschnittlich 2 Mark pro Mann und Schicht auf die einzelnen Arbeitergruppen zu zahlen, falls baldmöglichst eine Verhandlung mit den beteiligten Verbänden stattfinden.

Das Ergebnis der Holzgewinnung in Preußen. Der Krieg und seine Folgeerscheinungen hatten uns gezwungen, in unvollständiger Weise zur Holzgewinnung im deutschen Walde zu schreiten, da das Holz als Ausgangsprodukt für viele der Industrie unentbehrliche Erzeugnisse dient. Jetzt liegen nun die Ergebnisse der Holzgewinnung in den fiskalischen Jahren für das Jahr 1918 vor. Es wurden insgesamt 2 288 661,50 Kilogramm Kiefernholz mit einem Gesamtaufwand von 4 187 186,07 Mark gewonnen. Die Gesamtgewinnung betrug demnach 182,95 Mark für je 100 Kilogramm. Der Reichsausschuß bezahlte aber 300 Mark für je 100 Kilogramm, sodas sich ein Ueberschuß von 117,95 Mark für je 100 Kilogramm ergibt. Nadelholz wurden insgesamt 63 416 Kilogramm mit einem Gesamtaufwand von 42 434,92 Mark gewonnen. Die Gesamtgewinnung für hundert Kilogramm betrug demnach bei Nadelholz 66,92 Mark, wofür der Reichsausschuß 150 Mark für je hundert Kilogramm bezahlte, sodas der Ueberschuß für je 100 Kilogramm 83,08 Mark beträgt. Beim Nadelholz wurden die Gesamtgewinnungskosten 19,05 Mark für je 100 Kilogramm. Der Reichsausschuß zahlte jedoch 70 Mark, sodas sich 50,95 Mark Ueberschuß für je 100 Kilogramm ergaben. Diese Zahlen dürften einen nicht zu unterschätzenden Anreiz für Privatforstbesitzer bilden, um sie zu bewegen, sich auch ihrerseits der Holzgewinnung zu widmen, und zwar umso mehr, als die Forstbesitzverhältnisse der Landwirtschaftskammern wie die staatlichen Oberförstereien gern bereit sind, jede gewünschte Auskunft über die erfolgreichsten Methoden der Holzgewinnung zu geben.

Eingefandt.

(Für Artikel dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die presserechtliche Verantwortung.)
Kleine Urkunden, große Wirkungen.

Die Möglichkeit der Bewahrung dieses Satzes möge man sich vor Augen halten nach Kenntnisnahme von nachstehender Tatsache. Auf dem Rummel auf dem Schützenplatz findet sich allabendlich eine unternehmungslustige Jugend bis in die Altersklassen von 23 und 24 Jahre hinauf ein. Das ist nun an sich für sich nichts aufregendes. Das war immer so. Und diese Jugend war auch früher immer beschränkt, ihrem Tatendrang in irgend einer Form Luft zu machen; sei es, daß man in den benachbarten Wäldern die Bäume entfernte und umhieb, um den in liebessüchtiger Unermüdlichkeit sich findenden Liebessüchtigen die Sitzgelegenheit zu entziehen, sei es, daß man mit plötzlich aufleuchtenden Taschenlampen in die Schlafwinkel der die Einsamkeit suchenden Pärchen hineingleitete. Bedenklich will es indes erscheinen, wenn die Jugend unsere Heeresfreiwilligen mit dem Schmaßruf „Posteigarde“ empfangt. Es ist allerdings zu hoffen, daß die also Beweinung sich darauf sind, den Namen des Mannes zu tragen, der mit Tapferkeit und Festigkeit und mit unbefleckter Waffenschmuck das Ansehen der jungen deutschen Republik im Innern gesichert hat. Bedenklicher will es erscheinen, daß die Jugend kleinere Gruppen von Freiwilligen umzingelt und belästigt. Das bedenklichste aber ist, daß man einzelnen Freiwilligen das Extralieferungsgewehr abnimmt und sie einer Leibschutzwache nach Waffen unterzieht. Wenn nun diese jungen Burischen einmal an die verkehrte Adresse geraten, und der Träger einer Waffe von dieser Gebrauch macht, was dann? Dann ist das Blutvergießen da. Aus kindischer Spielerei und Abenteuerlust wird dann blutiger Ernst und Vorgänge wie in Stettin und Kolberg können dort ihren Anfang nehmen. Wo bleiben außerdem die abgenommenen Waffen? Und sind sie etwa bei der sich also gebärdenden Jugend in besseren Händen? Öffentlichlich nicht der Arbeiterrat, unsere Polizei und auch unser Garnisonkommando hier nach dem Rechten. Die Volksgenossen müssen aufstehen, und die jungen Freiwilligen müssen ihre verlässliche Freunde an Tragen der Waffen in einer Zeit, wo alles auf den inneren Frieden ankommt, bis zu dem Augenblick verstreuen, wo sie sie zum Nutzen unseres Vaterlandes an der Front gebrauchen werden.

Aus den Nachbarprovinzen.

Graz. Das Räubernwesen, das eine kurze Zeit weniger fühlbar gewesen war, lebt von neuem auf. Ein besonderer Fall wird wieder aus dem 13 Kilometer von hier entfernten Ostrowo gemeldet. Fünf bewaffnete Männer drangen nachts in die Wohnung des Gastwirts Wohlgenut und raubten mehr als 20 000 Mark bares Geld, größtenteils in Silber und Gold.

Letzte Nachrichten.

Thorn, 10. Juni.

In den letzten Wochen sind im westpreussischen Grenzgebiet eine ganze Anzahl Leute eingetroffen, die aus den holländischen Truppen entkommen sind. Diese Leute waren als Kriegsgefangene in Frankreich in jene Armee eingetretten, um so in die Heimat zu gelangen. Sie haben unter Lebensgefahr die Demarkationslinie überschritten und berieten durchweg über schlechte Behandlung der Truppen.

Frankfurt a. M., 10. Juni.

Der französische Militärkommandant von Höchst beurlaubte den Landrat Dr. Kramer, den Oberbürgermeister Dr. Janke und den Abgeordneten Heise auf unbestimmte Zeit, und wies diese Herren an, Höchst binnen 48 Stunden zu verlassen. Landrat Dr. Kramer trat diesen Befehl nicht an, sondern erklärte, daß er preussischer Beamter sei und nur den Befehlen der ihm vorgesetzten preussischen Behörde nachkommen werde. Er ließ dem französischen Kommandanten keinen Zweifel darüber, daß er nur der Gewalt weichen werde.

Paris, 10. Juni.

Neuter meldet, daß zwischen Clemenceau, Lord Robert Cecil und Oberst Douce Vereinbarungen getroffen sind, Deutschland in den Völkerverbund aufzunehmen, wenn es den Friedensvertrag unterzeichne und ihn loyal durchführe. Ferner wird die Bürgschaft einer festen Regierung verlangt. Die Antwort der Alliierten wird vor dem 13. Juni nicht erfolgen. Es wird den Deutschen eine Frist von 5 Tagen gewährt werden.

Versailles, 10. Juni.

Das gestrige Mittagsblatt „Information“ bringt unter der Überschrift „Entscheidende Stunden“ die Nachricht, daß die wichtigsten Ausschussberichte über die Antwort auf den deutschen Gegenantrag noch nicht festgelegt seien. Man rechne aber trotzdem mit der Antwort der Verbündeten zum Wochenende.

Die Völkerverbund-Kommission, die in Anwesenheit Wilsons tagte, hat sich für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund ausgesprochen.

Verantwortlich für den politischen Teil: Hauptredakteur Günther Herricht; für den übrigen redaktionellen Teil: Wilhelm Göttsche; für den Anzeigenteil: Hans Betge; Druck und Verlag: Jährstümer Zeitung N.-O. Sämtlich in Köslin.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Gestern abend entschlief sanft nach langem schwerem Leiden an den Folgen der Feldzugstrapazen im Alter von 33 Jahren unser geliebter Bruder, Schwager und Onkel, der

Kgl. Hauptmann im 2. Schles. Jäger-Batl. Nr. 6,
zuletzt Kommandeur des Res.-Jäger-Batl. 6

Friedrich Wilhelm von Blanckenburg

Ritter des E. R. I., des Hohenzollernschen Hausordens u. a. D.,
Ehrenritter des Johanniter-Ordens.

Hedwig von Blanckenburg,
Curt von Blanckenburg-Timmenhagen,
Anna von Blanckenburg,
Botho von Blanckenburg-Kaltenhagen,
Elisabeth von Blanckenburg,
Felix von Blanckenburg,
Asta Merensky geb. von Blanckenburg,
Heinrich Graf Groeben-Gr. Schwansfeld,
Asta von Blanckenburg geb. von Jadow,
Alexander Merensky-Keetmanshoop.

Kolberg, den 9. Juni 1919.

Beisetzung Donnerstag, den 12. Juni, 3,30 Uhr von der Kirche in Schulzenhagen aus.
Trauerfeier in Kolberg im Hause Mittwoch, den 11., 3,30 Uhr.

Bekanntmachung.

Für werdende und stillende Mütter wird morgen, Mittwoch, je ein Viertel Pfund Inlandsspeck ausgegeben. Anspruch auf Entnahme haben alle diejenigen Personen, die im Besitze der Wöchnerinnenkarte bzw. der Zusatzkarte für stillende Mütter sind. Bezugsscheine werden von 9 Uhr ab im Zimmer 7 des Rathhauses ausgegeben. Die Ausgabe des Speckes erfolgt von 9 Uhr ab im Schlachthause.
Köslin, den 10. Juni 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Vom Mittwoch, dem 11. d. Mts., ab kommen in den einschlägigen Geschäften für die Stadt- und Landbevölkerung Herrenanzugstoffe zum Verkauf. Die Abgabe erfolgt an versorgungsberechtigte Personen mit einem Einkommen bis zu 5000 Mark jährlich. Für jedes Kind wird außerdem ein Betrag von 360 Mark jährlich in Anschlag gebracht. Die Abgabe der Stoffe erfolgt gegen Bezugs- und Berechtigungsschein.
Köslin, den 10. Juni 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Spiritusmarken für diejenigen unbemittelten Familien, in denen sich Säuglinge unter einem Jahre befinden, findet im Zimmer Nr. 14 des Rathhauses an den nachbenannten Tagen statt:

- am Donnerstag, dem 12. Juni, für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben A-D;
- am Freitag, dem 13. Juni, für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben E-H;
- am Sonnabend, dem 14. Juni, für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben J-M;
- am Montag, dem 16. Juni, für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben N-R;
- am Dienstag, dem 17. Juni, für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben S-V;
- am Mittwoch, dem 18. Juni, für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben W-Z.

Am Donnerstag, dem 19. d. Mts., für die unbemittelten Personen, welche den Spiritus zum Zwecke der Krankenpflege unbedingt gebrauchen, und zwar nur gegen Vorlegung eines ärztlichen Attestes, und unter der Voraussetzung, daß Marken übrig bleiben. Es haben nur die neu ausgegebenen Marken, welche neben dem Stempel den Aufdruck „Juni“ tragen, Gültigkeit. Die früher ausgegebenen und noch etwa im Umlauf befindlichen Marken sind also ungültig.
Die Brotausweisstärke ist unbedingt als Ausweis vorzulegen.
Köslin, den 10. Juni 1919.

Der Magistrat.

Orgelkonzert des Herrn

Professor Otto Becker

Berlin

veranstaltet von Kantor Voigt,
am Dienstag, dem 17. Juni, 8 Uhr.
Karten zu 2 Mk. und 1 Mk. bei Herren Hoffmann und Ludwig.

Brennholz

Kauft in größeren und kleineren Posten zu höchsten Preisen

Gustav Schulz,
Warin, Mecklenburg.

Meine Zementwarenfabrik und Brunnenbaugeschäft

ist wieder in vollem Betrieb.

Sämtliche Brunnenbau- und Wasserleitungsanlagen werden prompt ausgeführt. Habe stets auf Lager: freistehende Saug- und Druckpumpen, sowie Hof-, Küchen-, Stall- und Jauchepumpen, Zementbrunnensrohre, Durchlaßrohre aller Größen, Zementdachsteine, Tonchalen, Schweineeröge, Ferkeltröge, Tonrohre.

Emil Fiß, Borkenhagen.

Bekanntmachung.

In der laufenden - 23. - Woche werden auf den Kopf der Bevölkerung sechzig Gramm Butter ausgegeben.

Köslin, den 10. Juni 1919.
Der Magistrat.

Brotverteilung.

am Mittwoch, dem 11. d. Mts.,
von 8-9 Uhr, Hohetorstr.
" 9-10 " Janderstr.
" 10-11 " Junterstr.
Köslin, den 10. Juni 1919.
Der Magistrat.

Donnerstag, den 12. 6., 6 1/2 h.
12 Uhr.



Geflügelzucht- und Tierschutzverein.

Donnerstag, den 12. d. Mts.,
abends 7,30 Uhr Sitzung.
Besprechung über Ausstellung, Ver-
teilung von Futter.

Mittwoch, den 11. Juni, nach-
mittags 4 Uhr

Zusammenkunft der Schwestern in der Loge.



Orthopädische
Corsets für
wachsene, Schief-
wachsene, System
Hessing in höchster
Vollendung.

Bruchbänder
anatomisch nach
dem Körper gear-
beitet, kein lästiger
Druck, auch in den
schwersten Fällen.
Leibbinden für
alle
Verwendungs-
Zwecke.

W. Feik, Neuetorstr. 18.

Teer und Dachpappe

bietet an
Paul Kisle, Hohetorstr. 10.

Prima Toiletten-Seife

gar. reine Auslandsware,
kein Ton:
10 Stück 48.-, 5 Stück 25.-

Spiritus-Kocher

mit Hartspiritusfüllung
10 Stück 32.-, 5 Stück 17.-

Fahrradöl, gar. rein,

ohne Harz,
10 Fl. à 50 Gr. 16.-
5 " " " 9.-

Rasier-Apparate,

-Klingen, -Spiegel, Nähnarn,
Mottentafeln, Stärke usw.
Bestellen Sie sofort und ver-
langen Sie ausf. Preisliste.

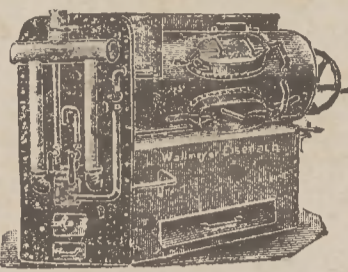
Zentrale
für Gebrauchs-Artikel,
Stoip l. Pom., Postfach.

Bei eintretenden Sterbefällen übernimmt das Beerdigungs-Institut und Sargmagazin

Hohetorstr. 37 **Wilhelm Fischer** Hohetorstr. 37
die vollständige Besorgung und Ausführung des Begräbnisses

Großes Lager aller Arten Särge und Ausstattungen.

Aberführung der Leichen von und nach außerhalb.
Zum Waschen und Einkleiden stelle eigene Leichenfrau zur Verfügung. - Bestellungen erbitte in meinem Geschäft oder unter Telephon Nr. 270.



In E. Beihl's Dampf- Bettfedern-Reinigungs- und Desinfektions-Anstalt

Mühlentorstraße 11
werden die Bettfedern durch fach-
männische Bearbeitung hundert Prozent
schöner.
Abtötung von Motten garantiert.
Auf Wunsch wird abgeholt u. zugestellt.

Hans Hoffmeister, Dentist

Bergstraße 24 (im Hause des Herrn Kurt Bastian).
Sprechstunden von 9-1 und 3-5 Uhr.

Zahnersatz in sämtlichen Ausführungen
sowie Zahnbehandlung.

Fernsprecher 573.

Preß-Torf

fuhrweise frei Haus und waggonweise
liefert

Handelsgesellschaft
Raiffeisenscher Genossenschaften,
Köslin, Rogzower Allee 3.

Mahlbücher

wieder vorrätig

Fürstentumer Zeitung A.-G.

Sarg-Magazin und Beerdigungs-Institut

Holzmarkt 2 **Albert Füh** Holzmarkt 2

Telephon 351 • • Inh.: Willy Füh • • Telephon 351

Uebernehme bei vorkommenden Sterbefällen Besorgungen
ganzer Begräbnisse,
auch empfehle eigene Leichenfrau.

Größtes Lager in Holz- und Metall-Särgen
sowie Sargausstattungen
zu billigen Preisen.

Ostsee-Sanatorium Zoppot

ist wieder eröffnet
für innere, Stoffwechsels-, Nervenkrankte, Erholungsbedürftige.
Nachbehandlung von Kriegeschäden aller Art.
- Vorzügliche Verpflegung. -
Leit. Arzt Dr. M. Gumz.

Stachelbeeren

unreif, Eier kauft jede Menge

Ewald Eberlein,
Subitz, Neustettinerstr. 300.

Staubsauger

mit Motor,
preiswert zu verkaufen.
Näheres i. d. Geschäftsstelle d. Zeitg.

Sonntag, dem ersten Pfingsttag,
in Großmüden oder am Strande
ein Hund Schlüssel verloren.
Gegen Belohnung bitte abzugeben
bei

Frau Philippsborn,
Mühlentorstr. 33.

das große ägyptische Mt. 2.50.
Aha-Verlag, München 23-116.

Hämorrhoiden
Verband von aufflarenden
Brochüren durch die
Reichert'sche Apotheke,
Elbing.

Arbeitsmarkt.

1 Kubfütterer

sucht 3. sofort
H. Finger, Borkenhagen,
b. Hohenfelde.

Tüchtiger Vertreter

für die Stadt- und Landkreise
Köslin, Schlawe und Bublitz zum
Vertrieb eines Artikels von hoher,
volkswirtschaftlicher Bedeutung, für
sofort gesucht. Offert. unt. D. 351
an die Geschäftsstelle dieser Zeitung
erbeten.

Aufkäufer

für Eier, Pilze, Blaubeeren,
Geflügel sucht

Werner Eberlein,
Berlin N., Straßunderstr. 14.

Älteren Soliden

Mann als Nachtwachmann

gesucht Hotel Kronprinz,

Maurer und Bauarbeiter

aus Schwefin und Umgegend für
Bauarbeiten in Stredenthin für
dauernde Beschäftigung stellt ein
A. Treptow, Köslin.

Suche zum 1. 7. eine einfache,
tüchtige Wirtin

oder mit ländlichen Verhältnissen
vertraute Köchin, die auch Brot-
backen und mit dem Wedapparat
einzufachen versteht.

Frau K. Mengel,
Trilente, a. d. Kolberger Kleinbahn.

Älteres Kinderliebes

Mädchen

für alle Hausarbeit z. 1. 7. gesucht
Danzigerstr. 35, 1 Tr. I

Wegen Verheiratung der jetzigen
sucht zum 1. 7.

tüchtige Wirtin

oder mit ländl. Verh. vertr. Köchin.
Frau von Schmeling,
Büdenhagen bei Köslin.

Ich suche zum beliebigen Antr.
für meine Praxis

gebildete junge Dame

als 2te zahnärztliche Hilfsschwester.
Ehemalige Schwester bevorzugt,
doch nicht Bedingung. Voreerst nur
schriftliche Offerten mit den üblich.
Angaben, evtl. Bild an
Jahnsatz Kunk, Köslin.

Tiermarkt.

1 guten, braunen

Jagdhund

verkauft Mielke, Altbanzin.

Ein zugfestes, Arbeitspferd
gebundes
steht zum Verkauf.

E. Meyer, Thunow.

Junger deutscher

Schäferhund

entlaufen. Gegen Belohnung ab-
zugeben

Hermann Hoppe, Körlinerstr. 24.

Grundstücks- und Beldverkehr.

Geschäfts- und Mietshaus

kleineres mit Laden,
der mit Wohnung für Käufer zum
1. Juli frei ist, in Nähe des Marktes
gelegene, verkauflich. Preis 36 000
Mark.

Reg.-Sekt. a. D. Carl Schulb.

Ich bin willens, meine neu-
erbaute Villa, im Badeort, mit
Landwirtschaft, zu verkaufen. An-
gebote sind zu richten an die
Geschäftsstelle d. Bl. unter E. 352.

Henkenhagen,

Erholungsheim Hacker.

Die Restbestände

werden am 13. und 14. Juni ver-
kauft, auch

Zwei Logierhäuser.

Zu vergeben

4000 Mark

auf sichere ländliche Stelle zum
1. Juli.

Auskunft erteilt
Reg.-Sekt. a. D. Carl Schulb.